

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

ELENA DANCHENKO

DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

Russische Parlamentswahlen 2011:

Parteien und Wählerschaft im Vorfeld des Wahlkampfes

Was bieten die Parteien in ihren Programmen der russischen Bevölkerung? Welche Kandidaten sollen die Interessen der Bevölkerung vertreten? Und wie sieht die russische Bevölkerung den kommenden Wahlen entgegen? Im nachfolgenden Text wird es versucht, Antworten auf diese Fragen zu geben.

Am Vorabend der Parlamentswahlen in Russland vom 4. Dezember 2011 ist nun eine wichtige Etappe für Vorbereitungen der sieben registrierten Parteien abgeschlossen. Nach dem Erlass des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew vom 29. August 2011 zur Eröffnung des Wahlkampfes erhielten die Parteien eine einmonatige Frist zur Aufstellung der föderalen Kandidatenlisten. Viele Parteien stellten daraufhin zusammen mit ihren Kandidatenlisten auch Wahlprogramme vor. Die Zentrale Wahlkommission (ZIK) wird im nächsten Schritt die eingereichten Parteilisten sowie die Unterschriftenlisten der drei Parteien überprüfen, die über keinen „parlamentarischen Vorzug“¹ verfügen. Dann folgt schließlich die entscheidende Phase des offiziellen Wahlkampfes: Die Werbung der Parteien um die Wähler.

Parteiprogramme und Parteilisten

Trotz des noch bevorstehenden Wahlkampfes wird in vielen russischen Medien die Meinung vertreten, dass nun keine Überraschungen oder neue Erkenntnisse mehr zu erwarten seien. Diese verbreitete Ansicht wurde in vielerlei Hinsicht durch die Erklä-

¹ Die bereits im Parlament vertretenen Parteien dürfen die föderale Kandidatenliste ohne Untermauerung mit Wählerunterschriften registrieren. Die erlaubte Fehlerquote der Unterschriften liegt bei 5% (von 150.000) und stellt ein leicht greifbares Instrument zum Ausschluss einer Partei von den Wahlen dar.

rung auf dem Parteitag des Einigen Russlands vom 23. September 2011 verursacht, die über die Vorbereitung auf die kommenden Parlamentswahlen weit hinaus wirkte. Der auf dem Parteitag angekündigte Platztausch zwischen dem Präsidenten D. Medwedew und Ministerpräsidenten W. Putin für die kommende Legislaturperiode lässt politische Reformen nur noch im Rahmen der bisherigen Machtkonstellation erwarten.

Einige Grundzüge der zukünftigen Politik lassen sich in dem lange nicht veröffentlichten Wahlprogramm der Partei **Einiges Russland** entdecken. Erst auf dem Parteitag vom 23. September 2011 hat W. Putin die Zielsetzung für die kommende Legislaturperiode in seiner Rede vorgestellt, die zugleich als offizielles Wahlprogramm der Partei gilt². Erheblichen Raum nehmen in dieser Rede insbesondere die wirtschaftlichen Ziele ein, darunter: die Erhöhung des Wirtschaftswachstums von aktuellen 4,1% auf die vor der Krise erreichten 6-7%, Aufstieg zu den fünf stärksten Wirtschaftsnationen der Welt, Schaffung von 25 Millionen neuer Arbeitsplätze innerhalb der nächsten 20 Jahre, sowie Verdoppelung der Vorhaben im Straßenbau für die nächsten 10 Jahre. Unter den Instrumenten zur Modernisierung der Wirtschaft nennt W. Putin explizit auch verstärkte Rüstungsaufträge. Die „Machtpartei“ bewertete die eigene Rolle in der Wirtschaftskrise positiv: sie habe eine Rückkehr der „zerstörerischen Schocks der Vergangenheit“ nicht zugelassen. Auch im sozialen Bereich habe die Partei Erfolge aufzuweisen: die Degression der demografischen Krise, und das Anwachsen der Le-

² Als Wahlprogramm sind die Reden von Putin und Medwedew am Parteitag genannt, dennoch werden die politischen Ziele nur in der Putins Rede ausführlich vorgestellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

benserwartung der Bevölkerung um 3 Jahre seit dem Jahr 2006. Erwartungsgemäß finden die sozialen Themen im Programm eine besondere Berücksichtigung. Unter den in diesem Bereich angestrebten Zielen sind: Erhöhung der durchschnittlichen Gehälter um das 1,5-fache (insbesondere für Lehrer und Ärzte), soziale Garantien für Militärangeestellte, Erweiterung der Befugnisse und verbesserte Finanzierung der kommunalen Selbstverwaltung. Außenpolitische Themen wurden nur am Rande - überwiegend im wirtschaftlichen Kontext - erwähnt: Russland solle die Einrichtung einer Eurasischen Union anstreben.

Die auf dem Parteitag vorgestellte föderale Parteiliste ist auf mehr als der Hälfte der Plätze erneuert worden. Aus den aktuell in der Staatsduma vertretenen 315 Abgeordneten der Partei Einiges Russland verbleiben nur noch 170 auf der Liste. Der Prozess des Kandidatenausscheidens blieb der Öffentlichkeit verborgen. Es sollen mehr als 100 Parteilose auf der Liste des Einiges Russlands stehen, die durch primaries (Vorwahlen) der „Gesamtrussischen Volksfront“ („Obscherossijskij Narodnij Front“) nominiert wurden. Den einzelnen Mitgliedern dieses erst im Mai 2011 gegründeten Zusammenschlusses von gesellschaftlichen Organisationen, politischen Parteien und einzelnen Bürgern, die die Grundeinstellung der Partei teilen, solle den Einzug in die Staatsduma (Parlament) durch die Parteiliste Einiges Russland ermöglicht werden. Als Beweggrund für dieses Vorgehen sind die seit Anfang des Jahres kontinuierlich sinkenden Umfragewerte der Partei zu sehen; durch Einbeziehung bekannter Persönlichkeiten sowie die Herstellung eines vermeintlich breiten Rückhalts in der Wählerschaft soll dem Popularitätsverlust gezielt entgegengewirkt werden. Für einen reinen Image-Verbesserungs-Charakter dieser Maßnahme spricht jedoch das Fehlen des angekündigten, auf Grundlage der Vorschläge der Volksfrontmitglieder ausgearbeiteten, Wahlprogramms und die geringe Berücksichtigung der Ergebnisse der primaries bei der Aufstellung der föderalen Parteiliste. Bei der Gründung der Volksfront wurde vorgeschlagen, dass die Parteiliste Einiges Russland sich auf die Ergebnisse des primaries

stützen solle, und dennoch stimmen die Parteilisten nur im Falle von 8 der 80 regionalen Kandidatengruppen mit den Ergebnissen des primaries überein³. Die Partei wird auf den Parlamentswahlen höchstwahrscheinlich erneut die „Dampflocks“⁴ einsetzen: den obersten Platz auf der Liste nimmt Präsident Medvedev ein, 55 Gouverneure und auch 8 föderale Minister und Vize-Premiers führen die aktuellen regionalen Kandidatenlisten an, werden aller Voraussicht nach jedoch ihren Sitz im Parlament nicht wahrnehmen.

Auf der aus 73 regionalen Gruppen bestehenden föderalen Kandidatenliste der **Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF)** verbleiben 53 der jetzigen Abgeordneten der Staatsduma. Darunter sind: der langjährige Parteivorsitzende Gennadij Sjuganow, der Abgeordnete Wladimir Komojedow, der Anführer des Jungen Flügels der Kommunisten Jurij Afonin und der Nobelpreisträger Schores Alfjerow.

Das Wahlprogramm der KPRF mit seinen Schlagwörtern - Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Staatliche Wirtschaftsregulierung - zielt auf ihre traditionelle Wählerschaft mit Sowjetzeit-Nostalgie. Das Programm ist unter dem Namen „drei plus sieben plus fünf“ bekannt. Es handelt sich dabei um drei Prioritäten für die Außenpolitik, sieben für die Wirtschaft und fünf für die Sozialpolitik. In Gänze ist es jedoch angesichts der aktuellen Entwicklungen ein schwerlich umsetzbarer Vorschlag zur Rückkehr zu den Verhältnissen der Sowjetunion: Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftszweige, Industrialisierung, Wiedergeburt der

³ Единороссы творчески пересмотрели результаты праймериза, Известия, 26.09.2011.

⁴ „Dampflocks“ („Technologia parowosow“) ist eine von Parteien verfolgte Strategie, die ersten Plätze in den Listen solchen Personen zuzuweisen, die nicht tatsächlich beabsichtigen, Abgeordnete zu werden. Diese Kandidaten treten als „Zugpferde der Partei“ bei der Wahl auf und verzichten nach der Wahl auf ihr Recht das Mandat auszuüben. Durch die Beeinflussung der Wählerentscheidung ziehen nachrangig eingestufte Kandidaten aus der Liste in die Staatsduma ein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

ELENA DANCHENKO

DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

Landwirtschaft durch Staatsinvestitionen, staatliche Kontrolle der Lebensmittelpreise, Reform des Finanz- und Steuersystems, kostenlose Wohnungen für Arme, kostenlose medizinische Versorgung und Hochschulbildung. Im Programm nehmen weiterhin Forderungen nach einer außenpolitischen Umorientierung zu Prioritäten der ehemaligen Sowjetunion hin, die Erschaffung einer „Union der Brudervölker“ (gemeint ist hier die Re-integration der ehemaligen SU-Republiken) und die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes einen wichtigen Platz ein. Zum ersten Mal setzten die Kommunisten auf nationalistische Rhetorik: Sie fordern eine „Naturanrente“ für die russische Bevölkerung, die Förderung von Geburten und den Status der „staatsbildenden“ Volkes für die russischen Bevölkerung, sowie Schutz der Rechte von russischen Gemeinden im Ausland. Der nationalistische Flügel der kommunistischen Partei „Russkij Lad“ hat unter Leitung von Wladimir Nikitin jedoch nach Einschätzung von Politologen wenig Chancen bei den kommenden Wahlen, da die nationalistisch orientierte Wählerschaft traditionell die Liberal-Demokraten (LDPR) wählt⁵. Der zum Teil illusorische Charakter des Programms spricht eher für Bestrebungen der Parteiführung, die erreichte Position in der Staatsduma zu erhalten, und macht die Kommunisten somit trotz prognostizierter positiver Resonanz bei Teilen der russischen Bevölkerung zu einem „zahnlosen“ Gegner der „Machtpartei“ Einiges Russland.

Die vom Parteivorsitzenden Wladimir Schirinovskij angeführte föderale Kandidatenliste der **Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR)** besteht aus 82 regionalen Gruppen. Den zweiten und den dritten Platz haben der Dumaabgeordnete Alexej Ostrowskij und Igor Lebedew (Sohn von Schirinovskij) inne. Auf der Liste befinden sich auch Kandidaten die mit den russischen

Ultra-Nationalisten in Zusammenhang gebracht werden⁶.

Die Partei setzt in ihrem Wahlprogramm verstärkt auf Antiamerikanismus, Nationalismus, Anti-Migranten-Parolen und populistische Rhetorik. Gefordert wird: Der Status einer „staatsbildenden“ Nation für die russische Bevölkerung, „Schutz der Rechte der russischen Nation vor Migranten“ und Erweiterung des Lehrumfanges der Russischen Sprache in den Schulen. Im Unterschied zu den letzten Parlamentswahlen veränderte die Partei ihre Einstellung zur Zusammenarbeit mit den GUS-Staaten, denen jetzt nicht weniger als einen Beitritt zu Russland vorgeschlagen wird. Die starke nationalistische Ausrichtung des LDPR-Programms ist durch den Zuwachs der nationalbezogenen Spannungen in der Bevölkerung zu erklären⁷. Die Partei, die nach Einschätzung von Politologen sonst für die Regierung als ein Neutralisationsmittel für protestfreudige oder marginale Kräfte dient, nutzt diese Chance um ihre Wählerschaft zu erweitern.

Die bis vor einigen Monaten regierungstreue sozial-demokratische Partei **Gerechtes Russland** verkündete Anfang August in einem Manifest den Übergang in die Opposition. Die Auseinandersetzungen mit der „Machtpartei“ über politische Themen führten schließlich zur Entbindung des ehemaligen Parteivorsitzenden Sergey Mironov von den Amtspflichten als Vorsitzender des russischen Föderationsrates. Gerechtes Russland erwuchs somit die Möglichkeit, sich von einer von der Regierung erschaffenen Alternative zu den Kommunisten zu einer wahren oppositionellen Partei zu entwickeln. Trotz der fallenden Umfragewerte könnte die Partei mit ihrem sozial-orientierten und regierungskritischen Programm ihre Wählerstimmen zurückgewinnen. Die Schwerpunkte des Programms bilden Armuts- und Korruptionsbekämpfung sowie nun der Kampf gegen das politische Monopol der Partei Einiges Russland. Im Programm werden

⁵Коммунисты придумали свой ответ на национальный вопрос, Известия, 3.10.2011.

⁶ Es handelt sich um Valerij Budanov und Maksim Korotkov-Guliaev.

⁷ S. Umfrage des Levada-Zentrums vom 6.09.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

ELENA DANCHENKO

DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

überwiegend sozial-politische Themen angesprochen: Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem, Wahl der Gouverneure und Mitglieder des Föderationsrates, Reform der Wahlgesetzgebung, Abschaffung der Registrierungsprozedur für Parteien, Übergang zu einer an den Umfang der Einkünfte gekoppelten Einkommenssteuer und Luxussteuer, Stundenlohn, Offenlegung der Ausgaben der Beamten, Angleichung der russischen Gesetzgebung an die UN-Konvention gegen Korruption, Wiederbelebung der Gewerkschaften, Einwicklung einer neuen Nationalitäten- und Migrationspolitik, Förderung der Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung durch die Erweiterung der eigenen Steuerbasis, Einführung eines ökologischen Gesetzbuches, Verstaatlichung natürlicher Monopole.

Der föderale Teil der Parteiliste Gerechtes Russlands besteht aus 73 regionalen Gruppen und wird angeführt von dem informellen Parteiführer Sergey Mironov, dem Parteivorsitzenden Nikolai Levichev und der Dumaabgeordneten Oksana Dmitrieva. Von 8 Kandidaten im dem föderalen Teil der Parteiliste üben 6 das Amt eines Staatsdumaabgeordneten aus. Die Aufstellung der Liste verlief mit Komplikationen, da sie nicht im Einklang mit innenparteilicher Abstimmung zustande kam.

Die föderale Parteiliste der oppositionellen liberalen Partei **Jabloko** besteht aus 385 Kandidaten aufgeteilt in 82 regionale Gruppen und wird von ehemaligem Parteivorsitzenden Grigorij Jawlinskij angeführt, der nach zwei Jahren Abwesenheit wieder in die Politik zurückkehrte. Den zweiten und dritten Platz haben der aktuelle Parteivorsitzende Sergei Mitrochin und der Leiter des „grünen“ Flügels der Partei Alexej Jablokow inne. Der Leiter der gesellschaftlichen Organisation „Delowaja Rossija“ Boris Titow, dem ursprünglich der dritte Platz angeboten war, verzichtete darauf wegen eines Dissenses über das Parteiprogramm, dessen zent-

rale Punkte die humanitäre Werte und institutionelle Reformen bilden⁸.

Die Partei Jabloko fordert: eine Auflösung der Rohstoffabhängigkeit, die Trennung der Machtstrukturen von der Wirtschaft, die Begrenzung der Befugnisse des Sicherheitsdienstes, Investitionen in Humankapital (kostenlose Hochschulbildung, Steigerung der finanziellen Mittel für die Wissenschaft, kostenlose Gesundheitsversorgung), Wiedereröffnung des Ministeriums für Ökologie. Unter den aufgeführten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung finden sich: die Ratifizierung des 20. Artikel der UN-Konvention gegen Korruption, eine vollständige Überprüfung der Einkommenserklärungen von Beamten. Die Partei strebt darüber hinaus eine Reform der Wahlgesetzgebung an, darunter die Herabsetzung der Hürde zum Einzug ins Parlament auf 3%, eine Vereinfachung der Durchführung von Referenden, sowie die Wiedereinführung der Wahl der Gouverneure und Mitglieder des Föderationsrates.

Die föderale Parteiliste der Partei **Patrioten Russlands** besteht aus 309 Kandidaten, aufgeteilt in 83 regionalen Gruppen. Die ersten drei Kandidaten des föderalen Teils der Liste sind der Parteivorsitzende Gennadi Semigin, Schauspieler und Regisseur Sergei Machovikov und die Stv. Vorsitzende der Partei Nadeschda Korneewa.

Die letzte Fassung des Wahlprogramms wird erst nach dem Abschluss der Unterschriftensammlung festgelegt. Schwerpunkte des vorläufigen Programms sind: ein „Nationaler Aufbruch“ (eine Reihe fundamentaler Reformen im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen System des Landes), Personalaustausch auf allen Machtebenen, strikte Migrationspolitik mit Vorrang der einheimischen Bevölkerung, Reform der Wahlgesetzgebung, Korruptionsbekämpfung, Wiederbelebung der Armee, Widerstand gegen eine NATO-Erweiterung und die Aufzwingung westlicher Werte. Die Partei schlägt vor, die Ideologie des Patriotismus

⁸ «Яблоко» вернулось к корням, Коммерсант, 12.09.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

als Staatsideologie festzulegen. Wie die Partei Jabloko haben die Patrioten das Ziel, den Sprung über die 7% Hürde zu schaffen. Selbst bei der Nichterreichung dieses Zieles wird die Partei einige Abgeordnete der Kommunisten oder LDPR aller Voraussicht nach abwerben können.

Das stärkste gesellschaftliche Interesse der letzten Monaten hat die liberale Partei **Rechte Sache** geweckt, die mit der von der Regierung initiierten Einladung des russischen Oligarchen Mikhail Prochorow auf den Posten des Parteivorsitzenden einen neuen politischen Impuls und somit die Gelegenheit bekommen hat, in die Duma gewählt zu werden. Jedoch entstand bald zwischen dem Stab unter Leitung von Prochorow und dem Exekutivsausschuss der Partei unter Leitung von Andrei Dunaew und Andrei Bogdanow eine innenparteiische Spaltung, die am 14. September schließlich zur Auflösung des Exekutivsausschusses führte. Am nächsten Tag fanden zwei separate Parteikongresse der konkurrierenden Seiten statt. Auf dem Kongress unter Dunaew's Vorsitz wurde Prochorow vom Posten des Parteichefs unter Vorwurf der Machtmonopolisierung und des autoritären Verhaltens gegenüber den regionalen Parteistellen abberufen. Besonders stark wurde Prochorows Entscheidung kritisiert, seinen Anhänger und den Gründer der Stiftung „Die Stadt ohne Drogen“ Jewgenij Roisman in die föderale Parteiliste aufzunehmen. Politikexperten erklären das Scheitern Prochorows mit seinem zunehmend unabhängigen Verhalten gegenüber der präsidentialen Administration. Der Oligarch hatte die Situation als feindliche Parteiübernahme bezeichnet und den Rücktritt des stellvertretenden Leiters der präsidentialen Administration Wladislaw Surkow als unabdingbare Voraussetzung für freie Wahlen gefordert.

Nach dem Rücktritt Prochorows konnte der politische Rat der Partei sich nur schwer über die föderale Parteiliste einigen. Die ersten Plätze auf der Liste erhielten Andrei Dunaew und Andrei Bogdanow und die bis jetzt in der Öffentlichkeit wenig bekannte

Tennisspielerin Anna Tschakwetadze.⁹ Als Folge verließen nicht nur Prochorows Anhänger, sondern auch der Co-Vorsitzender Leonid Gozmann die Partei. Das andere Mitglied des föderalen Vorstands Georgi Bovt hat von der Teilnahme an den Parlamentswahlen Abstand genommen. Die Hälfte der föderalen Parteiliste machen nun neue Mitglieder aus, lediglich 15 Prozent stammen noch aus der Ursprungspartei Union der Rechten Kräften, da diese wie Nadezhdin in den regionalen Wahlen gute Chancen aufweisen können.¹⁰

Das Wahlprogramm von Rechte Sache hat nach dem Ausscheiden von Michail Prochorow einige pikante Punkte, wie die freiwillige Begrenzung der Stellen der Regierungspartei in der Staatsduma, verloren, die noch im August-Manifest der Partei verankert waren. Die Schwerpunkte des aktuellen Programms bilden folgende Forderungen: Verbesserung von Lebensqualität und Lebensräumen, Entwicklung des Bildungssystems und des Systems der medizinischer Versorgung, Verbesserung der staatlichen Gewalt und Begrenzung der bürokratischen Willkür, Befreiung der unternehmerischen Initiative und Gewährleistung eines wirtschaftlichen Zuwachses, Bestärkung der neuen Rolle Russlands in der Weltgemeinschaft der Nationen. Im wirtschaftlichen Teil des Programms erfährt insbesondere die Reduktion des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft besondere Betonung. Außenpolitische Ziele sind zu nennen: maximale Integration mit der EU bis zum Beitritt in 2040, Verzicht auf die Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen, WTO-Beitritt, Integration Russlands in das System der internationalen Institute.

Die Stimmung in der Bevölkerung

Laut den Umfragen des Gesamt-russischen Zentrums für Untersuchung der öffentlichen

⁹ Boris Nadezhdin, der als Spitzenkandidat für die kommenden Wahlen zur regionalen Moskauer Duma galt, hat auf den Vorschlag verzichtet, den dritten Platz auf der Liste anzunehmen. Diese Entscheidung resultierte aus seiner Abneigung gegen Bogdanow.

¹⁰ «Правому делу» всё сошлось, Коммерсант, 10.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

Meinung (WCIOM), das wöchentlich die aktuelle Meinungslage mittels der Sonntagsfrage „Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?“ untersucht, hat sich die Stellung von Einigen Russlands noch vor kurzem verschlechtert. Während am 22. Oktober 45 Prozent der Befragten die Partei wählen wollten, war am 12. November dieser Anteil um 5 Prozent auf 40 Prozent gefallen.¹¹

Die anderen Parteien liegen weit abgeschlagen hinter Einiges Russland. Die Kommunisten würden den Umfragen zufolge heute nur die Gunst von dreizehn Prozent der Wähler genießen. Die LDPR hat einen Umfragewert von neun Prozent. Gerechtes Russland scheint mit sieben Prozent noch Chancen zu haben, den Sprung über die Sieben-Prozent-Hürde nehmen zu können. Grundsätzlich bleiben alle Parteien einschließlich des Einigen Russlands in der Wählergunst stabil. Die kleinen Parteien wie Yabloko, Rechte Sache und Patrioten Russlands können jeweils auf nur etwas mehr als ein Prozent der Stimmen rechnen (Yabloko – 1,38 %; Rechte Sache – 0,56 und Patrioten Russlands – 0,31 Prozent).

Was die Prognose der Ergebnisse der Parlamentswahlen in Russland mit der Einbeziehung von Experten anbetrifft, so würden voraussichtlich vier der Parteien die Sieben-Prozent-Hürde tatsächlich erreichen können.¹² Demnach könnte Einiges Russland mit 55 Prozent gewinnen, die KPRF wird eine Unterstützung von 16,4% der Stimmen erfahren, die LDPR 10,8% erreichen und Gerechtes Russland mit knapp 7,1 Prozent ebenfalls in die Staatsduma einziehen. Die kleinen Parteien (Rechte Sache mit 4,9; Yabloko mit 2,5; und Patrioten Russlands mit 2,1 Prozent) werden die Hürde nicht überwinden können.

¹¹ Электоральный рейтинг политических партий, 19. November 2011, Zugriff: 21.11.2011, <http://wciom.ru/index.php?id=170>.

¹² Парламентские выборы в России: опыт электорального прогнозирования, ВЦИОМ, Zugriff: 21.11.2011, <http://vybory.wciom.ru/>.

Diese Ergebnisse sprechen also dafür, dass Einiges Russland die Verfassungsmehrheit im Parlament verlieren wird. Die Sitzverteilung in der Staatsduma der 6. Wahlperiode wird sich entsprechend von der jetzigen unterscheiden: Während Einiges Russland mit 277 Mandaten (gegenüber den heutigen 315) in die Staatsduma einziehen würde, wird sich die Zahl der Mandate der KPRF von den heutigen 57 auf 83 erhöhen, und die Fraktion der LDPR würde über 54 statt der heutigen 40 Sitze verfügen. Gerechtes Russland wird für sich 36 Sitze gewinnen können.

Laut der Prognose vom August 2011 würde die Wahlbeteiligung 56 Prozent ausmachen. Mit dem Präsidentenerlass über den Start des Parlamentswahlkampfes würde sich die vorher stabile Einstellung der russischen Wähler ändern. Allerdings wäre es höchst unwahrscheinlich, dass das Gesamtbild der Orientierungen der Wähler sich drastisch ändern wird trotz des Anwachsens einer negativen Stimmung und der Kritik über die Leistungsbilanz der föderalen Regierung und der regionalen Verwaltungen.¹³ Sollten sich die Proteste in der Bevölkerung entfalten, dann werden die Wähler zu anderen Parteien abwandern.

Beachtlich ist der Prozentsatz derjenigen, die die Wahlen ignorieren würden: So liegt der Anteil der Nichtwähler bei 17 Prozent.¹⁴ Mittlerweile dürften die Prognosen anders aussehen, gäbe es denn wie vormals eine Option „gegen alle“ auf dem Abstimmungs-zettel. Die Außenseiter des Wahlkampfes wie die neugebildete Bewegung „NAF-NAF“ Stimme gegen alle“ plädieren heftig dafür.¹⁵

¹³ Как настроение? Партийные предпочтения накануне осени. Новая газета, 29.08.2011.

¹⁴ Парламентские выборы в России: опыт электорального прогнозирования, ВЦИОМ.

¹⁵ Die Gründer der Bewegung gehören zur Partei der Volksfreiheit „Für ein Russland ohne Willkür und Korruption“ (PARNAS), der die Registrierung für die Wahlen zur Duma 2011 verweigert wurde. PARNAS versteht sich als eine Koalition der Oppositionskräfte und vereinigt den Ex-Vizepremier und Ex-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

Die Idee der Bewegung besteht darin, die russischen Wähler dazu aufzufordern, die Abstimmungszettel bei den Dumawahlen durchzustreichen und somit den Zweifel in der die Bevölkerung an der Rechtschaffenheit der Dumawahlen zu demonstrieren und die Wahlen zu delegitimieren.

Jedoch kann sich diese Gegenpropaganda, die sich durch die „reale Bedrohung für die Macht“ und „die einzig richtige Strategie zum Machtwechsel“ und zur „Restaurierung der freien Wahlen“ auszeichnen soll, diametrale Ergebnisse zur Folge haben.¹⁶ Insbesondere verstärkt diese Einstellung die Position der führenden Partei: Zum einen werden die ungültigen Abstimmungszettel die Verteilung von 450 Mandaten im Parlament keineswegs beeinflussen, denn die Sitze werden gemäß der erhaltenen gültigen Stimmen zwischen den Parteien verteilt; zum anderen werden die ungültigen Stimmzettel dazu führen können, dass die kleinen Parteien niedrigere Prozentanteile erhalten und nicht ins Parlament einziehen werden, wovon wiederum Einiges Russland profitiert. Durch die proportionale Verteilung der Sitze im Parlament wird Einiges Russland so mehrere Mandate hinzugewinnen und sich eine breite Mehrheit sichern. Umgekehrt würde die aktive Teilnahme der Wähler und ihre Stimmen für jede Partei außer Einiges Russland dem Ergebnis der führenden Partei schaden.

Die Protestwähler, die keine richtige Partei für sich finden oder an den Wahlen nicht teilnehmen wollen, stehen ebenfalls im Mittelpunkt der Wahlkampagne der Partei der Rechten Sache. Die Schlagzeilen der Partei ähneln derjenigen der Opposition: „Wenn man für die Rechten stimmt, stimmt man

gegen alle“. Grundsätzlich bleibt die politische Apathie der russischen Bevölkerung auffallend: Die im Laufe des Jahres durchgeführten Umfragen vom unabhängigen russischen Meinungsforschungsinstitut „Levada“ zeigen, dass 54-56 % der Befragten kein Interesse an den Dumawahlen 2011 haben.¹⁷ Die politische Indifferenz ergibt sich aus den Defiziten der politischen Konkurrenz und der realen Politik in Russland. Nur 14 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Wahlen ohne Missbrauch durchgeführt werden.¹⁸ Während ca. 70 Prozent der Befragten die Wahlen als für kaum sauber halten, behaupten 24-26 Prozent, dass die Wahlen sich durch Manipulationen und Fälschungen der Ergebnisse auszeichnen werden. Die Hälfte der Befragten (52%) erwarten kaum Verbesserungen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben des Landes nach den Parlamentswahlen. Dabei glauben fast 75 Prozent der Befragten, dass die Abgeordneten ihre bei der Wahlkampagne gegebenen Versprechen nicht halten.

Im Hinblick auf den positiven Trend für Einiges Russland bleibt stark auch das Vertrauen zum Präsidenten Dmitri Medwedew und Ministerpräsidenten Putin.¹⁹ Während der erste sich derzeit auf 57 Prozent der Stimmen in der Vertrauensbewertung freuen darf, genießt Premier Wladimir Putin nach Angaben der Soziologen 61 Prozent der Stimmen. Für Putin würden 27% der Befragten stimmen, für Medwedew – 13%, für Sjuganow und Schirinowski 6 und 3% entsprechend.²⁰

Gouverneur des Gebiets Nischni Nowgorod, Boris Nemtsow, den Ex-Premier Michail Kasjanow, den Ex-Chef der Dumafraktion „Unser Haus-Russland“ Wladimir Ryschow, und den Ex-Vizeminister für Energiewirtschaft, Wladimir Milow. Ohne Chancen, sich auf der politischen Bühne anders auszusprechen, machen sie mit Protestaktionen von sich Reden.

¹⁶ Борис Вишнеvский, Новая газета, 31.08.2011.

¹⁷ Лев Гудков, Равнодушие, Новая газета 19.10.2011.

¹⁸ Лев Гудков, Не верю! Новая газета 07.09.2011.

¹⁹ Рейтинги одобрения первых лиц, положения дел в стране, электоральные предпочтения, 28.10-01.11.2011, Левада-Центр, <http://www.levada.ru/08-11-2011/reitingi-odobreniya-pervykh-lits-polozheniya-del-v-strane-elektoralnye-predpochteniya>.

²⁰ Сентябрьские оценки и ожидания, Новая газета, 05.10.2011.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

Wahlbeobachtung

Die russischen Parlamentswahlen werden durch internationale Beobachter überwacht. Relevant ist vor allem das OSZE Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), das die Entsendung seiner Wahlbeobachter bei den vorherigen Duma-wahlen 2007 hatte ausfallen lassen. Der Grund bestand darin, dass die Zentrale Wahlkommission den Umfang und den Zeitrahmen des Einsatzes maßgeblich beschnitten hatte. Dieses kann sich durchaus wiederholen, da die Wahlkommission Russlands und das BDIMR sich über das Format der Beobachtungsmission bei den Verhandlungen in Polen vom 30. September - 1. Oktober erneut nicht einigen konnten. Der Chef der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow, hat dem Büro angesichts der unangemessenen Größe der Beobachtergruppe eine Politisierung vorgeworfen.²¹ So hat er auch den Vortrag von der dreiköpfigen Expertengruppe, die im August Russland besucht hatte, als „halblegales Monitoring der Wahlsituation in Russland“ bezeichnet. Das BDIMR selbst wollte eine Kommission von 260 Beobachtern nach Russland schicken. Allerdings wurde sie nach den Verhandlungen auf 200 geschränkt. Die ersten Mitglieder unter dem Vorsitz von Heidi Tagliavini sind Anfang November eingereist und haben schon einen vorläufigen Bericht entworfen.

Die russischen Oppositionskräfte, die am Wahlkampf nicht teilnehmen können, legen auf die Einbeziehung der europäischen Beobachter besonderen Wert. So hat der Co-Vorsitzender von PARNAS Mikhail Kasjanow an der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) teilgenommen und dessen Vorsitzenden aufgefordert, vorzeitig 40 Beobachter von PACE nach Russland zu schicken.²² In ihrem Appel an PACE haben ebenso Vertreter der Menschenrechtsorganisationen einschließlich Lyudmila Alexeyewa, Vorsitzende der Helsinki Gruppe Moskau, die Beobachter vor

den unrechtmäßigen Wahlen im kommenden Dezember gewarnt und dazu aufgerufen, die Kontrolle über den Wahlablauf zu verschärfen.²³ Das PACE-Büro plant, die aus 40 Personen bestehende Beobachterdelegation Ende November zu entsenden.²⁴

Die Moskauer und regionalen Büros der Parteien KPRF, Gerechtes Russland, Yabloko und Patrioten Russlands vereinigen sich, um die gemeinsame Überwachung mittels Beobachtungsteams in Moskau als auch in einigen Regionen durchzuführen und eine Falschifizierung zugunsten Einigen Russlands zu verhindern.²⁵ Einiges Russland ist dagegen weniger aktiv in der Wahlbeobachtung, nur in einzelnen Provinzgebieten z.B im Rostower Gebiet wird die Kontrolle durch Aktivisten des öffentlichen Ausschusses „Für saubere Wahlen“ umgesetzt.

Ausblick

Einerseits erwartet man in Russland kaum eine faire Wahl, die den westlichen demokratischen Vorstellungen entspricht. Es herrscht in der russischen Bevölkerung sowie auch im Westen erhebliche Skepsis was die Transparenz des Wahlablaufs anbetrifft. Darüber hinaus versprechen die anstehenden Wahlen diesmal keine mit den Wahlen 2007 vergleichenden Ergebnissen als Einiges Russland mit 64,3 % gewann. Selbst wenn der Gewinner auch bei den aktuellen Wahlen vorab feststünde, ist kaum zu erwarten, dass Einiges Russland die Verfassungsmehrheit im Parlament behalten wird. Das bedeutet, dass andere Parteien zusätzliche Mandate in der Staatsduma erringen können. Die unkonstruktive Werbung unter dem Motto „stimme gegen alle“ der protest-

²¹ Владимир Чуров отбирает наблюдателей, Коммерсант, 3.10.2011.

²² ПАРНАС вызвал наблюдателей на себя, Коммерсант, 6.10.2011.

²³ Правозащитники готовят ПАСЕ к выборам, Коммерсант, 23.09.2011.

²⁴ Europarat bereitet Beobachtermission für Dumawahl in Russland vor, 03.10.2011, Zugriff:20.10.2011, <http://de.rian.ru/politics/20111003/260808822.html>.

²⁵ Allerdings wurde kein Memorandum auf föderaler Ebene unterzeichnet, um die mit der Verabschiedung einer politischen Erklärung verbundenen Umständen zu vermeiden. Opposition объединит силы взглядов, Коммерсант, 20.09.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSIAN FEDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT
ELENA DANCHENKO
DR. IRINA OCHIROVA

28. November 2011

www.kas.de

freudigen im Wahlkampf nicht teilnehmenden Opposition kommt auch den Gegnern der Partei Putins kaum entgegen. Während es die Position der führenden Partei stärkt, verlieren dementsprechend andere kleine Parteien an Chance, die Sieben-Prozent-Hürde zu überwinden.

Das andere markante Merkmal der politischen Situation im Vorfeld der Wahlen ist die dramatisch gesunkene Wahrscheinlichkeit der Partei Rechte Sache in das Parlament einzuziehen. Ob die Persönlichkeit Prokhorows zur Popularität der Rechten Sache überhaupt beitragen konnte, bleibt fraglich. Denn die Umfragen zeigen, dass im Falle der Rechten Sache die Anziehungskraft der Rechten mit der viermonatigen Führung von Mikhail Prokhorow nicht wesentlich gestiegen ist.²⁶ Am 10.-11. September 2011 näherte sich das Ranking nur an 2 Prozent, und war in den Wochen vorher 1-1,45 Prozent gewesen. Demnach hat die Werbekampagne keine Steigerung der Popularität mit sich gebracht. Diese Tatsache scheint mit der Frage verbunden zu sein, ob eine solche künstliche Konstruktion wie die Rechte Sache überhaupt Vertrauen bei Wählern finden kann. Wenngleich die Partei der Qualitäten Prokhorows als Krisenmanager bedürfen mag, so fußte die Werbekampagne überwiegend auf der Person Prokhorows und wurde von seinem Team entworfen, das innerhalb der Partei und auch bei den Wählern als extern wirkte. Trotzdem: Es ist festzustellen, dass das aus Initiative des Kremls selbst entstandene liberale politische Projekt wieder gescheitert ist, und dass die Staatsduma der 6. Legislaturperiode erneut keine Partei mit liberaler Ideologie erleben wird.

Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen der ZIK und den europäischen Einrichtungen über die Gestalt der Beobachtungsmissionen lassen die ewigen Gegensätze in den Einstellungen von Russland und Europa erkennen. Während die europäischen Parlamentarier höchst misstrauisch

gegenüber der russischen Regierung sind, nutzt die ZIK das starre Argument von Doppelstandards seitens des BDIMR und PACE. Dabei unterstützen russische Wähler prinzipiell die internationale Wahlbeobachtung: So sind sich 55% der Befragten sicher, dass der Einsatz der Beobachter sinnvoll und nützlich ist, gleichzeitig aber zweifeln auch immerhin 32% daran.²⁷

²⁶ «Правое дело» - с Прохоровым и без», Zugriff: 21.09.2011, <http://vybory.wciom/index.php?id=566&uid=111969>.

²⁷ Владимир Чуров отбирает наблюдателей, Коммерсант, 3.10.2011.